



2019/41 Interview

<https://jungle.world/artikel/2019/41/die-geschichte-wird-umgeschrieben>

Der neue Stalin-Kult in Russland

»Die Geschichte wird umgeschrieben«

Interview Von **Ute Weinmann**

Während in Russland der Staat immer autoritärere Züge annimmt, wird die Vergangenheit verklärt. Selbst Stalin gilt inzwischen wieder als verdienstvoller Anführer. Ein Gespräch mit der Historikerin Irina Scherbakowa.

In jüngster Zeit lässt sich in Russland eine regelrechte Hochkonjunktur von Erinnerungsdebatten beobachten. Staat, Kirche und etliche andere haben sich dessen angenommen. Warum?

Noch vor 20 Jahren waren wir von Memorial fast die einzigen, die sich mit Erinnerungsfragen auseinandergesetzt haben. Heute diskutieren alle darüber, aus den unterschiedlichsten Perspektiven, auch aus der uns ähnlichen. Das ist ein regelrechter Kampf um historische Erinnerung, wobei Gegenstand und Begrifflichkeit nicht klar definiert sind. Während der Perestroika war das Thema präsent, aber spätestens seit 1991 verlor sich das Interesse, denn damals eröffneten sich, so schien es, neue Möglichkeiten und die Menschen blickten in die Zukunft. Heute ist die Ausgangssituation eine komplett andere. Zukunftsprojektionen existieren nicht mehr.



Irina Scherbakowa ist Historikerin und Germanistin. Sie war vor über 30 Jahren eine der Mitbegründerinnen der russischen Menschenrechtsorganisation Memorial, die sich unter anderem mit den Verbrechen des Stalinismus beschäftigt. Zuletzt erschien von Scherbakowa 2017 das Buch »Die Hände meines Vaters: Eine russische Familiengeschichte« im Verlag Droemer-Knaur.

Bild:
privat

Seit wann ist das so?

Das begann etwa vor zehn Jahren. Zuvor kam Wladimir Putins Doktrin vom Wiederaufbau eines starken Russlands zum Tragen, mit einer entwickelten Wirtschaft, steigendem Konsum und Stabilität. Viele Menschen haben daran geglaubt. Der Staat nahm indes immer autoritärere Züge an, während die Vergangenheit in den Vordergrund rückte. Er verabschiedete sich von Demokratie und Liberalismus im Sinne bürgerlicher Freiheit. Dieses Wort ist völlig aus dem Sprachgebrauch verschwunden. Dabei ist der Kampf um Freiheit immer in die Zukunft gerichtet.

Das heißt, der Staat wendet sich der Vergangenheit zu, weil er über keine Zukunftsvisionen verfügt?

Ja, dabei stützt er sich auf einen nationalistisch ausgerichteten Konservatismus.

Kommt deshalb Stalin als Person ins Spiel?

Es wäre falsch, Putin als Anhänger Stalins zu bezeichnen. Doch hat er kein einziges Mal öffentlich gesagt, dass Stalin unmittelbare Verantwortung für den Tod zahlreicher Menschen trage und damit ein Verbrecher sei. Indem Putin nationalkonservative Werte zu seiner Doktrin erklärt, bei der die Sowjetunion eine Rolle spielt, nämlich der Sieg im Großen Vaterländischen Krieg, folgt daraus logischerweise die Rechtfertigung Stalins. Die Staatsmacht scheint zu glauben, wenn sie die Vergangenheit vereinnahmt, erobert sie die Zukunft. Sie versucht, Archivmaterial zurückzuhalten, die Geschichte umzuschreiben, sowjetische Mythen über den Krieg (etwa zur Rolle der Sowjetunion beim Überfall auf Polen, Anm. d. Red.) wiederzubeleben. Einfach weil sie Angst davor hat, die Kontrolle über die Zukunft zu verlieren. Sie erkennt die Opfer an, weigert sich aber, die Verantwortlichen für die stalinistische Gewaltherrschaft zu benennen. Es mag ihr nicht bewusst sein, aber durch diese Haltung geht ein Teil der Verantwortung auf sie über.

Wie verhalten sich denn Einrichtungen wie das staatliche Gulag-Museum?

Es ist ehrlich darum bemüht, den Opfern Anerkennung zu verschaffen. Aber in der Ausstellung wird die derzeitige Auseinandersetzung über das Gedenken komplett ausgeblendet. Das Museum nutzt als staatliche Einrichtung den von Staats wegen vorgegebenen Raum. Wenngleich es bemüht ist, seinen Freiraum zu erweitern. Ansatzweise werden Verantwortliche zwar benannt, aber der Gulag als Extremform des staatlichen Systems fehlt in der Darstellung. Angesichts der jetzigen Verhältnisse ist ein solches Museum dennoch eine Wohltat. Sollte die Museumsleitung ausgetauscht werden, wäre das für uns ein Warnzeichen. Sie treffen uns immer an unseren Schwachpunkten. Das ist die Lehre aus den neunziger Jahren für uns Historiker, Menschenrechtler, Demokraten und auch für die Linke. Der Staat zieht auf raffinierte Weise Nutzen aus unseren Fehlern.

Um welche Fehler geht es?

Es war ein großer Fehler zu glauben, dass sich das Rad der Geschichte nicht zurückdrehen lässt. Mit Schwierigkeiten haben wir gerechnet, aber nicht damit, dass Stalin einmal wieder als großer verdienstvoller Anführer gilt. Wir müssen uns darüber Gedanken machen, warum wir das in den Neunzigern nicht begriffen haben. Für Menschen wie mich, die sich seit über 30 Jahren mit dem Thema auseinandersetzen, ist das eine Tragödie. Zu Sowjetzeiten dachten wir, die Menschen wissen nicht Bescheid und müssen einfach nur die Wahrheit erfahren. Aber das stellte sich als

philosophischer und politischer Irrtum heraus. Zudem haben wir die mediale Revolution verpasst. Über die Jahre hat Memorial unglaublich viel Material angehäuft, aber erst jetzt für eine breite Öffentlichkeit aufgearbeitet. Unsere Aufrufe für Freiheit und Demokratie nehmen viele Menschen als veraltet wahr und es fällt uns schwer, nach all den vielen Enttäuschungen die Notwendigkeit dieser Werte eingängig zu begründen. Wir verweisen auf keine neuen, sondern immer wieder auf alte Gewissheiten und grenzen uns dabei von Nationalisten und Populisten ab. Ihnen gegenüber nehmen wir eine Verteidigungshaltung ein, ohne der Gesellschaft attraktive Angebote zu machen, unsere Sichtweise zu teilen. Auch jungen Menschen haben wir wenig zu bieten. Dabei geht es letztlich um die Frage, in welcher Gesellschaft sie einmal leben werden.

Was bringt junge Menschen dazu, sich mit der Vergangenheit auseinanderzusetzen?

Sie verstehen sehr wohl, dass es Debatten über Erinnerungsfragen gibt, sehen stellenweise sogar Parallelen zur Vergangenheit. Echte Repression haben sie selbst nicht erlebt, aber fast in jeder Familie gab es Verfolgte, und sie wollen verstehen, wie ihre eigenen Angehörigen überlebt haben. Im Vordergrund steht weniger die Geschichte an sich, als ihre Bedeutung für die Gegenwart.

Gibt es unter Stalin-Anhängern Angehörige der jüngeren Generation?

Sicher. Auch sie suchen ja nach einer Stütze, auch wenn es sich in dem Fall um einen Irrweg handelt. Jeder kennt die Schwierigkeit, Entscheidungen treffen zu müssen. Viele Menschen wollen, dass andere dies für sie tun. Im Übrigen war der Fehler unserer Reformer in den neunziger Jahren, dass sie dachten, die ökonomische Freiheit führe zu steigender allgemeiner Freiheit. Das ist nicht passiert.

Dazu kommt frappierende Ignoranz in sozialen Fragen. Es fällt auf, dass heutzutage viel über Stalin und dessen vermeintliche Größe gesprochen wird, wenig jedoch über den Kommunismus oder Sozialismus als solchen und dessen materielle Basis.

Es wird durchaus über den Verfall der Industrie debattiert. Bei uns ist kein Wirtschaftswunder in dem Ausmaß eingetreten, dass es das Andenken an die Sowjetunion komplett hätte auslöschen können. Unsere Provinz sieht immer noch so aus wie zu Sowjetzeiten. Lässt man mal die Großstädte und deren herausgeputzte Zentren beiseite, ist die Umgebung vieler Menschen immer noch geprägt durch Möbel von damals, durch einen Alltag ohne Komfort. Das ist unattraktiv. Anders als Donald Trump in den USA können wir nicht auf schöne Lebenswelten einer Mittelklasse in den fünfziger Jahren mit ihren adretten Hausfrauen verweisen. Bei uns haben die Frauen schwer geschuftet. Als goldenes Zeitalter lässt sich das kaum verkaufen. Eben deshalb wird so viel über den Krieg gesprochen, denn der Krieg erklärt und überdeckt alles.

Was ist mit den sozialen Errungenschaften?

Die gab es. Bildung, ein kostenloses Gesundheitswesen, gute Ärzte, aber die heutige Staatsbürokratie demontiert dieses System. Wer glaubt, wir hätten es heute mit einem rollback zu tun, irrt. Wir sind keineswegs zum sowjetischen Diskurs zurückgekehrt. Es entsteht ein Staatskapitalismus mit nationalistischem Antlitz, der Almosen verteilt, aber nicht sozial ausgerichtet ist. »Alles für das Volk« – dieses Motto nutzen selbst die Kommunisten nicht mehr. Auch wenn sie bisweilen kundtun, das Regime unter Stalin sei sozial geprägt gewesen, so ist es

doch schwierig, die Menschen davon zu überzeugen, dass die Lebensbedingungen damals besser waren.

Wie steht es um die Anerkennung der Opfer des Stalinismus?

Anerkannte Opfer politischer Repressionen haben Anspruch auf diverse Vergünstigungen. Dabei handelt es sich hauptsächlich um deren mittlerweile 90jährige Kinder. Aber die staatlichen Sozialleistungen fallen sehr bescheiden aus. Biologisch löst sich das Problem innerhalb der kommenden fünf Jahre. Dann gibt es niemanden mehr, dem der Staat etwas schuldig ist. Im Vordergrund muss heute die konsequente Öffnung aller Archive stehen und eine Erinnerungspolitik mit Breitenwirkung.

Einerseits fördert der Staat die Aufarbeitung der Vergangenheit, andererseits greift er zu repressiven Maßnahmen gegen Memorial. Was bedeutet das?

Der autoritäre Staat ist besessen von der Idee totaler Kontrolle. Nichtstaatliche Akteure lassen sich nicht so einfach kontrollieren – das macht den Staat wütend, und nicht etwaige nonkonforme Darstellungen. Dass die Vergangenheit heutzutage im öffentlichen Interesse einen so hohen Stellenwert genießt – was für Memorial durchaus von Vorteil ist – , deutet auch auf die Angst der Menschen vor der Wiederholung der Geschichte hin. Insofern ist die Rehabilitierung Stalins ein Warnsignal. In der Nach-Stalin-Ära, bei all ihren Schrecken, war bekannt, dass Folter nicht mehr angewendet wird. Heute weiß jeder, dass man nach der Einlieferung auf die Polizeiwache auf Folter gefasst sein muss. Das wirft uns auf schreckliche Erfahrungen aus der Stalin-Zeit zurück. Für mich persönlich ist eines der schrecklichsten Signale, dass die Anwendung von Folter wieder möglich geworden ist.